



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 18.12.2017, 10.30 Uhr

GKKE-Rüstungsexportbericht 2017

Statement von Dr. Max Mutschler

Vorsitzender der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte

Internationales Konversionszentrum (BICC)

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Regierungen von 25 EU-Mitgliedstaaten haben sich entschlossen, in Form einer „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO) in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik enger zu kooperieren. Diese Kooperation bringt auch die Europäisierung der Rüstungsindustrie auf die Tagesordnung. Dies wirft aus unserer Sicht kritische Fragen für Rüstungsexporte und ihre Kontrolle auf.

Mit der Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds (European Defense Fund, EDF) werden erstmals explizit Mittel aus dem EU-Haushalt für die Rüstungsforschung und -entwicklung bereitgestellt. Die Rüstungsforschung soll ab 2020 mit jährlich 500 Millionen Euro gefördert werden. Für die Beschaffung von Rüstungsgütern wird aus dem EU-Haushalt ab 2021 jährlich 1 Milliarde Euro bereitgestellt. Für 2019 und 2020 sind als Einstieg in dieses Programm 500 Mio. Euro vorgesehen. Diese Mittel sollen ein finanzieller Anreiz für die Mitgliedsstaaten sein, um bei der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungstechnologien und Rüstungsgütern zu kooperieren. Insbesondere Deutschland und Frankreich wollen hierbei enger zusammenarbeiten und haben unter anderem bereits die gemeinsame Entwicklung eines neuen Kampfflugzeugs, eines Kampfpanzers und eines Artilleriegeschützes ins Auge gefasst.

Grundsätzlich wäre nichts gegen eine engere europäische Kooperation bei der Rüstungsplanung und -beschaffung einzuwenden. Schließlich könnte eine effektivere Organisation der Rüstungsproduktion innerhalb der EU auch den betriebswirtschaftlichen Druck zu exportieren deutlich abschwächen. Dies würde allerdings nur dann funktionieren, wenn die Europäisierung der Rüstungsindustrie insgesamt auch eine Verringerung der Produktionskapazitäten zur Folge haben würde. Davon ist jedoch nicht die Rede.

Es besteht deshalb die Gefahr, dass eine Europäisierung der Rüstungsindustrie nationale Rüstungsexportkontrollen erschwert, da es Rüstungsfirmen ermöglicht wird, diese zu unterlaufen. So ist es etwa denkbar, dass die Endfertigung von Waffensystemen sich vor allem dorthin verlagert, wo die niedrigsten nationalen Standards gelten. Einer verstärkten Koordination der Rüstungsproduktion muss deshalb aus Sicht der GKKE eine Stärkung der Exportkontrolle auf europäischer Ebene vorangehen.

Die GKKE schließt sich deshalb dem Beschluss des Europäischen Parlaments vom 13. September 2017 an und fordert ebenfalls die Einrichtung eines Aufsichtsgremiums auf EU-Ebene für die Überwachung von Rüstungsexporten der Mitgliedsstaaten. Die GKKE fordert die Bundesregierung dazu auf, sich in diesem Sinne für eine Stärkung der Rüstungsexportkontrolle auf EU-Ebene einzusetzen.
